

Edgar Einemann

Anmerkungen zur begrenzten Reichweite lokaler Alternativen

Die Diskussion über alternative regionalpolitische Konzepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde an einzelnen Orten zwar schon vor längerer Zeit begonnen, über umfassende praktische Versuche ihrer Umsetzung läßt sich allerdings nur vereinzelt berichten. Dafür kann man Gründe angeben, die von erheblich größerer Tiefe sind als z.B. vorschnelle Schuldzuweisungen an Politiker zum Ausdruck bringen — es ist an der Zeit, neben der Betonung der Notwendigkeit und Möglichkeit alternativer dezentraler Ansätze auch über strukturelle Durchsetzungshindernisse nachzudenken und die politischen Voraussetzungen alternativer Strategien zu thematisieren.

1. Eine Schwäche dezentraler Ansätze liegt in der geringen Zahl der Experimente und in ihrer Vereinzelung. Strategische Gesamtkonzepte wurden nur an solchen Brennpunkten entwickelt, an denen die einsetzende »Abwärts-spirale« die Handlungsmöglichkeiten schon eingeschränkt hatte: in Dortmund und Bremen fehlte z.B. schon weitgehend die ökonomische Kraft für neue Aktivitäten, während in Baden-Württemberg zwar ausreichend Geld, aber kein akuter Handlungsbedarf vorhanden zu sein schien.

Während die vorherrschende wirtschaftspolitische Orientierung (auch von Sozialdemokraten) in der Regel auf die Bewältigung der Krisentendenzen mit traditionellen Mitteln (Hoffnung auf Wachstum und Unternehmensansiedlungen) setzte, wurden Alternativen im wesentlichen von den Hauptbetroffenen, den Gewerkschaften, entwickelt. Die lokalen Gewerkschaftsstrukturen und ihr Zugriff auf know how sind allerdings ebenso unterschiedlich wie die politischen Einflußmöglichkeiten vor Ort — zentrale Rahmenbedingungen dafür, daß nur an einzelnen Orten an der Realisierung von beschäftigungspolitischen Alternativen gearbeitet wird.

2. Auch da, wo ein hoher Problemdruck, soziale Bewegungen, linke politische Mehrheiten und alternative Ideen zusammentreffen, wird nicht unbedingt eine neue Praxis entwickelt. Teilweise ist die lokale Steuerungsmöglichkeit einfach zu gering: Öffentliche Unternehmen sind kaum vorhanden, die Haushaltslage ist durch ein geringes Volumen und hohe Defizite gekennzeichnet, die lokale Entwicklung ist stark von einzelnen Unternehmen abhängig etc. Wo kaum Mittel für die »Wirtschaftsförderung« bereitste-

hen, können diese auch nicht beschäftigungspolitisch genutzt werden; wo kaum öffentliche Arbeiten vergeben werden, gibt es nur wenige Steuerungsmöglichkeiten.

3. Ein alternativer politischer Wille in der Kommune ist nicht in der Lage, die international und national geprägten gesellschaftlichen Realitäten außer Kraft zu setzen; die ökonomische Gesamtentwicklung schlägt auf die regionale Wirtschaft, die Branchen und Betriebe vor Ort durch und bewegt sich z.T. in Dimensionen, die durch lokale Politik nicht bewältigt werden können (z.B. im Falle von Stilllegungen größerer Betriebe oder Betriebsteile). Den Kommunen fehlen sowohl die finanziellen als auch die inhaltlichen Voraussetzungen dafür, relativ kurzfristig tausende von Arbeitnehmern sinnvoll zu beschäftigen und sie dafür zu bezahlen oder gar durch konjunkturpolitische Maßnahmen eine regionale Wende herbeizuführen. Damit ist zugleich klar, daß die anhaltende Abhängigkeit der regionalen Entwicklung von unternehmerischen Entscheidungen, die häufig in fernen Konzernzentralen getroffen werden, ein wesentlicher Hemmschuh für eine alternative Politik ist. Die Spitzen multinationaler Konzerne sind in der Lage, durch Federstriche ganze Regionen auszutrocknen — diese Realität führt häufig zu einer begründeten Vorsicht bei der Propagierung antikapitalistischer Ansätze.

4. Die Abhängigkeit von überregionalen Trends und unternehmerischen Entscheidungen gilt auch für den Einsatz neuer Technologien und die Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben. In einem System der nationalen und internationalen Konkurrenz mit der theoretischen Möglichkeit und vorfindlichen Realität der »Strafe des Untergangs« für einzelne Betriebe, Branchen und ganzen Nationen (wenn man z.B. an das Schicksal der englischen Industrie denkt) gibt es kaum Chancen für kommunale Abkopplungen im »florierenden« Bereich der Ökonomie, der auch im Falle von Arbeitslosenquoten von über 15 Prozent noch immer das gesellschaftliche Leben prägt.

Dies gilt umsomehr, wenn die Region von Großbetrieben mit hohen Exportanteilen geprägt ist; eine Befragung der IG Metall in der Küstenregion kam z.B. zu dem bei der Strategiebestimmung für ein Küstenstrukturprogramm nicht näher gewürdigten Ergebnis, daß ein Drittel der Betriebe einen Exportanteil von über 50 Prozent hatte und dieser durchschnittlich bei 45 Prozent lag (GEWOS 1984, S. 8/9).

5. Forderungen nach einer sozial und ökologisch sinnvollen Produktion setzen häufig nationale Umstellungen voraus und sind auf der dezentralen Ebene — wenn überhaupt — nur zu unbezahlbaren Preisen durchsetzbar. Das gilt in besonderem Maße für die Rüstungsproduktion, bei der der Bund Hauptauftraggeber ist und viele Kommunen in Form von Arbeitsplätzen »profitieren«; von den betroffenen Betrieben und Arbeitnehmern kann ein

Ausstieg aus der Herstellung von Kriegsgeräten nur erwartet werden, wenn sich alternative Beschäftigungsmöglichkeiten bieten — und die setzen öffentliche Aufträge in einem Rahmen voraus, der kommunale Möglichkeiten ohne Heranziehung des Rüstungsetats übersteigt. Sinnvolle und prinzipiell realisierbare dezentrale Alternativen z.B. im Energie- und Verkehrsbe-
reich kommen nicht an der Tatsache vorbei, daß der Bund mit riesigen Summen die Kernenergie und den privaten KFZ-Verkehr subventioniert — die nationalen politischen Verhältnisse sind ein einschneidendes Hemmnis für eine offensive Kommunalpolitik zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

6. Das differenzierte System der Steuer- und Aufgabenverteilung zwischen den unterschiedlichen staatlichen Ebenen konstituiert einen Zustand der Abhängigkeit der unteren Einheiten. Nur zu häufig wurden in einer Region erwirtschaftete Mittel zu einem großen Teil zentral »abkassiert«, um dann teilweise in der einen oder anderen Form zurückzufließen. Dieser Rückfluß-Prozeß über die Vergabe von Ausgleichszahlungen, Projektmitteln oder Kostenbeteiligungen ermöglicht die externe Kontrolle dezentraler Politik mit der Chance der ökonomischen Bestrafung: die Vergabe zentraler Mittel wird mit politischen Auflagen verbunden oder weitgehend zurückgenommen, um unliebsame Entwicklungen zu verhindern.

7. Auf der kommunalen Ebene realisierbare Beschäftigungsalternativen werden häufig durch die Funktionsmechanismen von Unternehmen und Verwaltungen sowie die Arbeits- und Denkweise von Managern und Bürokraten blockiert. Betriebliche Auffangstationen wie Arbeitskräftepools nach schwedischem Muster werden selten konzipiert, von der Bereitstellung hoher Fördermittel abhängig gemacht und dann aus betriebspolitischen Gründen nicht realisiert: Gesicherte Renditen sind dem Management allemal wichtiger als die Schaffung von Arbeitsplätzen; die Verbindung von Ingenieur- und Betriebswirts-Denken produziert Effizienzkriterien, die gegenüber menschlichen und gesellschaftlichen Werten weitgehend immun sind.

Für die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung gilt, daß sie sich im Tagesgeschäft behaupten müssen, stellvertretend für andere mit begrenzten Handlungsspielräumen unter kurzfristigem Erfolgsdruck entscheiden und in der Tat mit der Lenkung der Ökonomie überfordert wären. Die notwendige Konsequenz aus der oft vorgetragenen These, die Regierungsräte könnten nun einmal nicht die Unternehmen managen, wäre der Aufbau entsprechenden Steuerungs-know-hows in einer speziellen Abteilung (z.B. als eigenständige Gesellschaft der öffentlichen Hand) mit den erforderlichen Kompetenzen — eine bisher allerdings nur selten realisierte Alternative.

8. Lokale Politik kann gegen den »Bundestrend« kaum mehr als eine Linderung der Probleme erreichen, modellhafte Aktivitäten realisieren und die

Voraussetzungen für eine politische Wende vorbereiten: durch die Entwicklung alternativer Konzepte »auf Vorrat« und die Aufklärung und Mobilisierung der Wähler. Erforderlich ist ein strategischer Gesamtansatz, der alle Handlungschancen der öffentlichen Hand ausschöpft und sie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Sanierung der Umwelt gebündelt einsetzt. Nur so ist die Koordination unterschiedlicher Maßnahmen möglich und — bei begrenzten Mitteln — eine optimale Ausnutzung aller Möglichkeiten realisierbar. Für einen solchen Gesamtansatz stehen die Konzepte und ersten Praxisschritte der inzwischen von der konservativen Zentralregierung zerschlagenen Londoner Stadtverwaltung, über die Mike Cooley in diesem Band berichtet. In London wurde nicht nur versucht, über eine Vielzahl von Eingriffen der öffentlichen Hand zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutragen und neue Strukturen der Kommunikation z.B. zwischen Hochschulen und Genossenschaften, Bauarbeitern und Mietern oder Produzenten und Nutzer von Energie zu schaffen. Die regierende sozialistische Partei und der Bürgermeister haben auch versucht, einen Wandel der politischen Kultur zu fördern und ihre kreative und konfliktorientierte Politik öffentlichkeitswirksam darzustellen: ist es in der Bundesrepublik vorstellbar, daß vom Rathausdach einer Großstadt in riesengroßen Lettern die neueste Arbeitslosenzahl als »Mahnmal« verkündet oder beim Besuch eines südafrikanischen Repräsentanten ein öffentlich finanziertes Anti-Apartheid-Festival gefeiert wird? Über ein strategisches Gesamtkonzept und politische Konfliktbereitschaft hinaus hat die Aufklärung und Mobilisierung der Bürger eine zentrale Bedeutung. Der systematische Einsatz der Erwachsenenbildung zur beruflichen und politischen Qualifizierung und die Förderung von Bürger- und Beschäftigungsinitiativen sowie von Genossenschaften (und deren Beratung und Vernetzung) ist eine weitere zentrale Rahmenbedingung zur Konkretisierung und Absicherung einer Politik der lokalen Alternativen (vgl. den Beitrag von Mike Cooley in diesem Band sowie u.a. Einemann/Lübbing 1984, 1985).

9. Ein wirklicher Durchbruch für lokale Alternativen ist erst für den Zeitpunkt einer grundlegenden Wende der Bundespolitik in Aussicht. Nationale Beschäftigungsinitiativen z.B. in Form eines Programms »Arbeit und Umwelt«, Schritte zur Rüstungskonversion und einer Umwidmung des Verteidigungsetats, eine Energiewende mit der Konsequenz der Förderung dezentraler Technologien und veränderte Prioritäten in der Verkehrspolitik wären Anknüpfungspunkte für finanzierbare Aktivitäten vor Ort, die zu einer deutlichen Verbesserung der Arbeits- und Umweltsituation führen. Auch die dazu dringend notwendige Stärkung der Gemeindefinanzen sowie einschneidende Arbeitszeitverkürzungen wären ein Schritt mit höchster Priorität nach einem — hoffentlich baldigen — Wechsel der Regierungsmehrheiten in Bonn.

Literatur

- Edgar Einemann, Edo Lübbing: Politische Alternativen in London. Beispielhafte Ansätze einer mobilisierenden Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Universität Bremen 1984
- Edgar Einemann, Edo Lübbing: Anders produzieren. Alternative Strategien in Betrieb und Region, Marburg 1985
- GEWOS (Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung): Bestandsaufnahmen zum Beschäftigungsprogramm Küste, Hamburg 1984

Lokale Beschäftigungs Initiativen

Konzepte · Praxis · Probleme

Herausgegeben von
Udo Bullmann
Mike Cooley
Edgar Einemann

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Lokale Beschäftigungsinitiativen: Konzepte,
Praxis und Probleme/Udo Bullmann**
... (Hrsg.). (Verf. Jörg Bourgett ...). —
Marburg: SP-Verlag Schüren, 1986
ISBN 3-924800-36-7

NE: Bullmann, Udo:

SP-Verlag Norbert Schüren GmbH
Deutschhausstraße 31, 3500 Marburg
1. Auflage, Marburg 1986
Copyright © bei SP-Verlag, Marburg 1986
Alle Rechte vorbehalten

Satz: Roswitha Oswald u. Reinhard Stang, NPP, Neustadt
Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda
Printed in Germany
ISBN 3-924800-36-7

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
 I. Ansatzpunkte lokaler Alternativen der Beschäftigungspolitik	
<i>Udo Bullmann</i> Neokonservative Modernisierung und lokale Alternativen	10
<i>Johann Welsch</i> Gewerkschaftliche Programme und dezentrale Alternativen in der Beschäftigungs- und Technologiepolitik	27
<i>Mike Cooley</i> Politik für mehr Beschäftigung und Lebensqualität. Der strategische Gesamtansatz in London	47
 II. Lokale Beschäftigungsinitiativen	
<i>Bernhard Pollmeyer</i> Gewerkschaftliche Konzeptionen für eine aktive Beschäftigungspolitik am Beispiel Dortmund	74
<i>Gerd Lobodda / Heinz Pfäfflin</i> Gewerkschaftliche Regionalpolitik im Raum Nürnberg	92
<i>György Széll / Wilhelm Meemken</i> Arbeit und Wissenschaft e.V. - Arbeitnehmerorientierte Regionalförderung in Osnabrück	106
<i>Jörg Bourgett / Heiner Brülle</i> Auf dem Weg zu einer punktgesteuerten kommunalen Beschäftigungspolitik. Das Beispiel Wiesbaden	117
<i>Gerhard Grandke</i> Beschäftigungspolitische Initiativen und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betroffenen in Offenbach	138
<i>Hans Nauber</i> Arbeitsbeschaffungsprogramme und Qualifizierungsprojekte am Beispiel Hamburg	150
<i>Jürgen Sosna / Günther Dey</i> Netzwerk - Selbsthilfe. Fünf Jahre praktische Alternativen in Bremen	169

III. Umstellung von Technologien und Produkten

Edgar Einemann

Lokale Energieversorgung als politischer Prozeß:

Die Bremer Kontroverse 182

Matthias Kollatz / Joachim Wuttke

Neue Wege in der Abfallwirtschaft 195

Peter Wilke

Alternativen zur Rüstungsproduktion:

Betriebliche und regionale Ansätze 207

IV. Dezentrale Politik:

Begründungen und Begrenzungen

Dieter Eißel

Antithesen zum bürokratischen Kapitalismus 224

Hans-Ulrich Klose / Michael Müller

Selbstbestimmt arbeiten — freier leben.

Die Wiedergeburt der Genossenschaftsidee als
alternativ-ökonomischer Ansatz 243

Edgar Einemann

Anmerkungen zur begrenzten Reichweite
lokaler Alternativen

258

Die Autoren

263

Vorwort der Herausgeber

Die Situation in den westlichen Industrienationen ist seit mehr als 10 Jahren durch eine anhaltende Beschäftigungskrise gekennzeichnet. Die auf der zentralstaatlichen Ebene dominierende konservative Austeritäts- und Modernisierungspolitik trägt zur Verschärfung der Lage der Arbeitslosen, der Sozialleistungsempfänger und der unteren Einkommensgruppen der abhängig Beschäftigten bei. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Konsequenzen der Krise werden dort besonders deutlich, wo die Lebenswelt der Hauptopfer ist; die Probleme sind keine der Statistik und der Wettermeldungen aus der Bundesanstalt für Arbeit (»jahreszeitlich bedingter Anstieg der Arbeitslosigkeit«), sondern solche der konkreten Existenzbedingungen und sozialen Beziehungen in den untersten politischen Einheiten, in den Kommunen. Die Zuspitzung der Schwierigkeiten in vielen Städten und Gemeinden provoziert eine Situation, in der einem wachsenden kommunalen Handlungsbedarf eine abnehmende dezentrale Handlungsfähigkeit gegenübersteht und eine neue Diskussion darüber erforderlich ist, wie die verbleibenden politischen Spielräume optimal genutzt werden können.

Bei unterschiedlichen Ausgangsbedingungen im Detail ist die bundesrepublikanische Debatte um lokale Alternativen zum herrschenden Trend dabei stark beeinflusst durch das Beispiel britischer Städte, insbesondere der Stadtregierung von Groß-London und ihrer Auseinandersetzung mit dem Thatcher-Kurs. Gewerkschaften und alternative Gruppierungen, Sozialdemokraten und Grüne haben in den letzten Jahren ihre Bemühungen verstärkt, auch hierzulande die Chancen kommunalpolitischer Strategien zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation auszuloten und erste Schritte gegen die zentralstaatliche Spaltungs- und Ausgrenzungspolitik einzuleiten. Politische Erfahrungen mit unzureichenden Modernisierungs- und Abfederungsstrategien und der Druck sozialer Bewegungen bilden mittlerweile den Rahmen für eine Vielzahl von neuen stadtpolitischen und betriebsbezogenen Ansätzen (vgl. Kapitel I: Ansatzpunkte lokaler Alternativen der Beschäftigungspolitik).

Mit diesem Buch wollen wir einen Ausschnitt nicht nur der Diskussion, sondern auch erste Praxiserfahrungen aus unterschiedlichen Städten vorstellen. In einem zweiten Block kommen daher Ansätze zu Wort, die sich explizit als lokale Antworten auf die Massenarbeitslosigkeit verstehen (vgl. Kapitel II: Lokale Beschäftigungsinitiativen). Hier geht es sowohl um die Veränderung gewerkschaftlicher und staatlicher Strukturen (der Aufbau von

Know-How und von entsprechenden Verwaltungsstrukturen ist die Voraussetzung für sinnvolle Interventionen) als auch um Maßnahmen zur Schaffung von Beschäftigung und zur Qualifizierung von Erwerbslosen. Bei allen diesen Experimenten spielen qualitative gesellschaftliche Entwicklungsziele eine große Rolle: welche sozial und ökologisch sinnvollen Arbeiten sollen ausgeweitet, welche Felder der kommunalen Ver- und Entsorgung in Angriff genommen werden?

Ein dritter Block von Beiträgen lenkt den Blick auf eine Reihe von Feldern der dezentralen Reformpolitik, auf denen eine Mobilisierung von Betroffenen und kommunalen Ressourcen zur Verbesserung der Lebensqualität möglich ist; hier gehen Zukunftsvorstellungen in die konkrete Gestaltung von Technologien und Produkten ein, die einen anderen Fortschrittsbegriff andeuten: z.B. sanfte Energiepolitik statt Atomkraft, ökologische Abfallwirtschaft statt Müll- und Giftproduktion und sinnvolle Produkte statt Herstellung von Rüstungsgütern (vgl. Kapitel III: Umstellungen von Technologien und Produkten).

Der Band schließt mit Aufsätzen, die die Möglichkeiten dezentraler Politik noch einmal auf dem Hintergrund aktueller technologischer und ökonomischer Veränderungen aufgreifen und die Verbindung von zentralen und kommunalen Handlungsstrategien für die Perspektiven einer sozialistischen Reformpolitik thematisieren. Neben den Gestaltungsmöglichkeiten und dem exemplarischen Gehalt kommunaler Politik wird hier auch deren begrenzte Reichweite deutlich (vgl. Kapitel IV: Dezentrale Politik: Begründungen und Begrenzungen). Jeder lokale Anstoß für eine andere gesellschaftliche Entwicklungslogik, jedes gelungene kommunale Experiment muß sich notwendig an konservativen Vorgaben und Durchgriffen von übergeordneten Ebenen brechen. Linke Ansätze »von unten« verlangen damit dringend nach der Ergänzung durch eine soziale, demokratische und ökologische Politik auf nationalstaatlicher Ebene — sie können jedoch auch gerade ein Stück der Mobilisierung hierfür sein.

Bremen, im September 1986

Udo Bullmann
Mike Cooley
Edgar Einemann